

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 31. August 1917. Nr. 310.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 31. August.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

In der Nacht des Hasses und der Zwietracht, zu welcher unser Geschlecht nun schon ins vierte Jahr verdammt ist, hat sich eine Stimme erhoben, deren Klang in die tiefste Menschenbrust dringt:

es ist die Stimme der Menschenliebe und Menschenwürde, die Sprache des Friedens, die hinausgegangen ist in die friedlose Welt, die Menschen zu versöhnen und sie zurückzuführen zur Achtung vor sich selbst und dem Nächsten. Im Namen des Allmächtigen,

im Namen des göttlichen Friedensfürsten hat sich der Heilige Vater an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker mit der Bitte gewendet, der schweren Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen eingedenk zu sein und den schrecklichen Kampf, der immer mehr als zweckloses Blutbad erscheint, baldigst zu beenden.

Wir wissen nicht, ob das Ressen des Vernichtungswillens und der Verblendung diesen Ruf nach Menschlichkeit noch lange übertönen wird, aber derselben sind wir Wiener durch diesen Schritt des Papstes uns so recht bewußt worden: Die den Krieg noch weiter wollen um des Krieges, der Eroberung willen, die stehen schon lange abseits von dem, was Menschen vor der Nachwelt und vor Gott verantworten können (Bravo-Rufe), sie stehen abseits von dem, was ihnen und ihrem Volke zum Heile und Segen gereichen kann. Wir Oesterreicher und Wiener wissen, was ein gerechter Kampf bedeutet, ein Kampf, die heilige Scholle der Heimat zu schützen vor denen, die sie uns entreißen wollen. Unsere heldenmütige Armee hat tausendfältige Beweise geliefert, daß wir in diesem hehren Kampfe von keinem Volke an Heldenmut und Ausdauer übertroffen werden (Bravo-Rufe) und wollen, wenn unsere Feinde weiter unsere Grenzen bedrohen, opfermutig ausharren bis zum Ende. Nach den in diesen Kriegsjahren ruhmvoll erbrachten Beweisen unserer Kraft und unseres unzerstörbaren Willens zum Stasste, der uns in hundert und tausendjähriger Gemeinschaft vereint, verstehen wir aber nicht mehr, daß unsere Feinde glauben könnten, es werde erst durch eine fortgesetzte Hinschlachtung von Menschen ein gerechter Friede erreicht werden können.

Wie ein heller Schein in finsterner Nacht leuchtet in die Seele des Menschen das Wort des heiligen Vaters von der Zwecklosigkeit eines weiteren Blutbades und von dem allgemeinen Wahnsinne, der ganz Europa in den Abgrund zu reißen droht (Richtig!)

Erhobenen Herzens dürfen wir uns gestehen, daß wir in unserem Vaterlande von diesem Selbstvernichtungswahn verschont geblieben sind. Wir kämpfen einen Verteidigungskampf um unser Leben, die Sicherung des Lebens unserer Kinder, um die Unversehrtheit unserer Reichsgrenzen und um unsere wirtschaftliche Zukunft und von unserem geliebten Kaiser, der seit seinem Regierungsantritte alles daran setzt, einen gerechten Frieden zu erreichen bis zum letzten Manne aus dem Volke sind alle einig in dem Wunsche, den Kampf in ehrenvoller Weise zu beenden. Unsere Monarchie ist bei den wiederholten Kundgebungen ihrer Friedensbereitschaft Gefahr gelaufen, daß ihr dieser Ruf nach Frieden als eine Äußerung der Schwäche ausgelegt werde und hat trotz alledem die Gefahr einer solchen Mißdeutung in der reinsten Absicht, ein Anwalt der Vernunft und Menschlichkeit zu sein, auf sich genommen.

Nun hat der Papst, der über den kämpfenden Völkern steht und für keines Partei ergreifen kann, besorgten Herzens die Völker zum Frieden gerufen und ihnen den Abgrund aufgezeigt, der ihnen allen bei Fortsetzung des Kampfes droht. Mit tiefer Dankbarkeit beugen wir uns vor der hehren Mission, die der Heilige Vater auf sich genommen hat und bitten zu Gott, daß sie uns einen großen Schritt weiter führen möge, zu dem ersehnten Frieden. (Lebhafter anhaltender Beifall)

Der Bürgermeister von Gyöngyös dankt für die Spende der Stadt Wien in der Höhe von 10.000 Kronen.

Die Vertreter der österr. und ungarischen Zivil-Kriegsgefangenen in Knockaloe auf der Insel Man danken dem Gemeinderate für die Geldspende.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht die Mitteilung, daß Generalrat Herrenhausmitglied Wetzler und Freiherr von Skoda je 150.000 Kronen zum Ankauf der Ebner von Eschenbach'schen Uhrensammlung für das städt. Uhrenmuseum gespendet haben.

Mit dieser Sammlung hat nunmehr die Stadt Wien die größte Uhrensammlung unter allen europäischen Städten. Sie wird wenn sie in Friedenszeiten besichtigt werden kann, sicherlich der Stadt Wien zur Ehre und zum Ruhme gereichen. Namens des Gemeinderates spreche ich den beiden Herren für ihre hochherzige Spende den besten Dank aus. (Lebhafter Beifall)

Das Präsidium des Jockeyklubs für Oesterreich hat 50.000 Kronen für wohltätige Zwecke gewährt. Der Bürgermeister hat hievon 30.000 K für die öffentliche Ausspeisung, 5000 K für die Wiener Kinder aufs Land, und 15.000 K zur Errichtung von Tuberkulosenheimstätten zugewiesen.

Frau Anna Mautner spendet 4000 Kronen zur Entsendung von armen kranken Kindern in die Kinderheilanstalten der Gemeinde Wien.

Frau Anna Poiger hat für die Armen 2000 K, Frau Irma von Cselko 800 Kronen, Karl Weller 500 K für die Armen des 6. Bezirkes und 500 K für die Kaiser Jubiläums-Ferienkolonne letztwillig vermacht.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er sich seit Wochen bemüht habe, von der Militärverwaltung möglichst viele Schulen wieder zurückzuerhalten, damit zu Beginn des Schuljahres wieder der regelmäßige Unterricht beginnen kann. Von den von der Heeresverwaltung für Einquartierungszwecke benutzten Schulen wurden bisher 55 an die Gemeinde zurückgegeben; bei 20 dieser Schulen wurden die Arbeiten zur Wiederinstandsetzung bereits begonnen, die im Laufe des Monats September und Oktober beendet sein werden. Ich habe den Auftrag gegeben, daß die Adaptierungen mit aller Beschleunigung durchgeführt werden.

GR Komrowsky verweist in einer Anfrage an den Bürgermeister auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Gewerbestandes, der unter dem Kriege furchtbar schwer zu leiden habe und kummervoll wegen Beschaffung der zur Wiederaufrichtung der Geschäfte notwendigen Rohmaterialien nach Abschluss des Krieges in die Zukunft blicke. Eine Abhilfe lasse sich am besten erreichen, wenn l. Staat, Land und Gemeinde eine grosse, alle Zweige des Gewerbestandes umfassende Kreditorganisation schaffen, bei welcher den Gewerbetreibenden die Aufnahme langfristiger unverzinslicher oder zumindestens mässig verzinsbarer Darlehen ermöglicht wird und zweitens, wenn eine Organisation ins Leben gerufen wird, welche es als ihre Hauptaufgabe betrachte, den Gewerbetreibenden die zur Fortführung ihres Gewerbes notwendigen Rohmaterialien sicher zu stellen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Eine umfassende Kreditorganisation durch Staat, Land und Gemeinde ist bereits eingeleitet worden. Zur Wiederaufrichtung des Gewerbes ist für Wien und das Land Niederösterreich ein Kredit von ungefähr 20 Millionen Kronen in Aussicht genommen, die erforderlichen Geldmittel sollen von einem Geldinstitute im Darlehenswege, voraussichtlich gegen 6% Verzinsung beschafft werden. Die Haftung hierfür wird prozentuell aufgeteilt von Staat, Land Nieder-

Oesterreich und Gemeinde übernommen werden. Die Gewerbetreibenden sollen die ihnen gewährten Darlehen mit 4 v.H. verzinsen. Zur Deckung der Differenz zwischen diesem Zinsfuß und dem Bankzinsfuß, sowie für die allfällige Bezahlung von Lebensversicherungsprämien der Darlehenswerber wird ein Zinszuschuss- und Prämienfond errichtet, zu dem das Land, die Gemeinde Wien und die n.ö. Handels- und Gewerbekammer, quotenmässige Beiträge zu leisten haben. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand sind soweit vorgeschritten, dass der Gemeinderat voraussichtlich schon in der nächsten Zeit über die Beteiligung der Gemeinde Wien an dieser gross angelegten Aktion wird endgültig beschliessen können.

Zur Kredithilfe für die Wiener Gewerbetreibenden hat ausserdem die Gemeinde Wien dem „Kreditverein der städtischen Zentralsparkassa“ einen Unterstützungsfond per 200.000 Kronen (unverzinslich) gewidmet. Weiters stellte die Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien über Beschluss des Gemeinderates vom 22. September 1914 dem Kreditvereine bereits im ersten Kriegsjahre für die Dauer der ausserordentlichen Verhältnisse einen weiteren Betrag von einer Million Kronen zur Verfügung.

Aus den weiteren Widmungen wie jener im Gesamtbetrage von 200.000 Kronen im Vorjahre und aus der Tatsache, dass eine gleiche Aktion im grösseren Umfange für die allernächste Zeit in Aussicht genommen ist, kann ersehen werden, dass die Gemeinde Wien seit Kriegsbeginn bestrebt war, den Wiener Gewerbe- und Handelsstand weitestgehend zu unterstützen. Hinsichtlich der Beschaffung der zur Fortführung der Gewerbe notwendigen Rohmaterialien ist darauf zu verweisen, dass sich mit dieser Frage die Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft im Handelsministerium befasst, der auch ich selbst als Vorsitzender einer Sektion angehöre. Es muss daher abgewartet werden, wie sich die Verhältnisse gestalten. Es wird allerdings eine grosse Schwierigkeit bedeuten, insbesondere im Hinblick auf die Valutaverhältnisse die nötigen Rohstoffe zu beschaffen und dann wird es unsere Hauptaufgabe sein, dass die beschafften Rohstoffe auch dem kleinen und mittleren Gewerbestand zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen. (Beifall).

Gr. Bretschneider betont in einer Anfrage, dass die Lage derjenigen Personen, denen als Unfallrentner jede Verdienstmöglichkeit genommen scheint, dringende Hilfe erheische. Die territorialen Unfallversicherungsanstalten haben auch bereits ihren Rentner prozentuelle Zuschüsse zu ihren Renten gewährt, eine Begünstigung, der jene Personen, die der städt. Unfallfürsorge unterstehen, bis jetzt nicht teilhaftig geworden sind. Der Interpellant richtet deshalb an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, sich über die Lage der städt. Unfallrentner Bericht erstatten zu lassen und zu veranlassen, dass auch diesen den Renten angemessene Zuschläge gewährt werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde dem Wunsche des Herrn Interpellanten entsprechen, denn ich glaube, dass dies ohne weiteres möglich sein wird.

Gemeinderat Komrowsky stellt folgende Anträge: 1. Der Bürgermeister wird ersucht, bei der Regierung mit allem Nachdrucke vorstellig zu werden, dass die Kopfquote für Mehl und Brot ehestens eine entsprechende Erhöhung erfahre. 2. Sollte es nicht möglich sein, die Rationen für Mehl und Brot entsprechend zu erhöhen, so wären die Bemühungen wenigstens nach der Richtung fortzusetzen, dass der Bevölkerung eine erhöhte Ration an Brot zugemessen wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen

<sup>Lemberg er</sup>  
Die in ~~Kärnten~~ gehobene Forderung, dass aus Galizien  
keine Kartoffeln nach Wien ausgeführt werden dürfen, müssen wir  
dahin beantworten, dass wir verlangen, dass die galizischen  
Flüchtlinge schleunigst nachhause geschickt werden.

GR-Dr. Hein konstatiert: tatsächlich, dass Gr. Stein  
nicht im Namen des Verbandes der freiheitlichen Gemeinderäte  
gesprochen habe.

GR. Stein : Ich verahre mich dagegen, im Namen die-  
ses Verbandes gesprochen zu haben- ( Heiterkeit.)

Nach dem Schlussworte der beiden Referenten werden  
die Stadtratsanträge mit Berücksichtigung der in der Debatte  
gefallenen Anregungen zum Beschlusse erhoben.

Die Anträge des GR. ~~Saktsax~~ <sup>Solte; er</sup> werden dem Stadtrate  
zur dringlichen Behandlung zugewiesen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

-----

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 20. Juli d.J. an das Herrenhaus eine Petition gerichtet, mit welcher ersucht wurde, die k.k. Regierung aufzufordern, das damals in Vorbereitung gestandene Gesetz betreffend die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages nach der Sanktion von amtswegen, also ohne neuerliche Anmeldung und ohne neuerliche Ausfertigung der Zahlungsbogen, Kassenanweisungen und Avisi durchzuführen. Es hatte sich nämlich anlässlich der vorhergegangenen Beitragsregulierung, bei welcher die Ansprüche auf das abgeänderte Ausmaß des Beitrages von den Anspruchsberechtigten erst angemeldet werden mussten, gezeigt, daß trotz angestrebter Arbeit 4 volle Monate zur Aufarbeitung aller Anmeldungen notwendig waren, und es stand zu befürchten, daß bei der bevorstehenden Neuregelung, die ja alle Anspruchsberechtigten umfaßte, dieser unerträgliche Zustand noch verschärft werde. Inzwischen ist das Gesetz betreffend die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages erflossen und die Regierung hat dem Vorschlage der Gemeinde Wien vollauf entsprochen, so daß die erhöhten Unterhaltsbeiträge von den Zahlstellen ohne Verzögerung selbständig, d.i. ohne neuerliche Entscheidung der Unterkommision angewiesen werden konnten.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß der Antrag des Stadtrates auf Bewilligung der Kriegszulagen und Bedeckung zur Schaffung von Mehreinnahmen nicht heute, sondern in der nächsten Sitzung, die er für Dienstag, den 4. September einberufen werde, zur Behandlung kommen werde. Den Angestellten wird durch diese Verzögerung kein Abbruch geschehen, da der Beschluß am 1. Juli in Wirksamkeit tritt, es finden nur noch Beratungen im Schoße der Parteien über die Bedeckungsfrage statt.

Es wird sodann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach einem Antrage des STR- Schmid wird dem elektrotechnischen Verein eine Subvention von K 2000-.. bewilligt.

Hierauf erstattet STR- Schmid ein ausführliches Referat über Massnahmen zur Verbesserung der Obst- und Gemüse-Verdorgung Wiens und beantragt der Regierung folgende Beschlüsse vorzulegen:

A.) Bezüglich Obst: 1. Einführung von Zuschlägen zu den Höchstpreisen für Lieferungen nach Wien, 2. Sofortiges Verbot der Versteigerungen von Obsterntern, 3. Zuweisungen von Pferden, Fuhrwerk und Militärmannschaft für diejenigen Produktionsgebiete, wo das Pflücken und der Transport des Obstes auf Schwierigkeiten stossen, 4. Strikte Handhabung des Ausfuhrverbotes für Obst.

B. Bezüglich Gemüse: Nachdrückliche Einflussnahme der österreichischen Regierung bei der ungarischen Regierung in der Richtung, dass entsprechende Mengen von Gemüse nach Wien geliefert werden und die aufreizende Verschiedenheit zwischen den ungarischen und österreichischen Preisen ehesten beseitigt werde. 2. Beschlagnahme und Anforderung von Gemüse in den Hauptproduktionsgebieten zu Gunsten der Gemeinde Wien 3. Direkte Belieferung der militärischen Anstalten ( insbesondere der Sanitätsanstalten ) durch das k.k. Amt für Volksernährung, bezw. die „Geos“.

BGM. Dr. Weiskirchner macht den Vorschlag, unter Einem über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien zu verhandeln. Die Versammlung erhebt keine Einwendung dagegen.

STR. Spalowsky berichtet über die Kartoffelversorgung und stellt folgende Anträge:

1.) Der Stadtrat weist die in einem Teile der Presse gegen den Magistrat in der Kartoffelfrage erhobenen Angriffe zurück, da sie unbegründet und nur geeignet sind, die Bevölkerung gegen die Gemeindeverwaltung aufzuhetzen.

2.) Der Stadtrat richtet an das Amt für Volksernährung die dringende Aufforderung, für eine ausreichende Belieferung der Wiener Märkte mit Frühkartoffeln und Gemüse unverzüglich Sorge zu tragen.

3.) Der Stadtrat bedauert die rücksichtslose Beschlagnahme der von Privaten in kleinen Mengen nach Wien gebrachten Kartoffeln und ist der Ansicht, dass es notwendig sei, zur Erleichterung der Kartoffelversorgung im kommenden Winter den Haushaltungen gegen Anmeldepflicht den direkten Bezug vom Lande zu ermöglichen. Der freie Stückgutverkehr ist daher zuzulassen und zur Vermeidung einer Doppelversorgung der Bezug genau zu überwachen.

4.) Der Magistrat wird beauftragt, eine Denkschrift zu verfassen, in der über die bisherige Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung, über die jetzige Lage und die Vorsorge für die Zukunft berichtet wird, und diese Denkschrift dem Stadt- und Gemeinderate zur Beschlussfassung vorzulegen.

5.) Der Stadtrat verlangt, wenn auch im Augenblicke an der bestehenden Verteilungsart der Kartoffel angesichts der geringen vorhandenen Mengen festgehalten werden muss, dass nach Sicherstellung einer für Wien ausreichenden Kartoffelmengen die Verteilung nach der Kopfzahl der Familien vorgenommen und eine Vermehrung der Verschleisstellen verfügt wird.

6.) Der Stadtrat sieht in dem Abschlusse von Lieferungsverträgen seitens der Gemeinde ein wichtiges Mittel zur Approvisionnement der Stadt und verlangt daher, dass die bisher abgeschlossenen Lieferungsverträge der Gemeinde aufrecht bleiben.

7.) Weiters wird der Magistrat beauftragt, wegen vermehrter Ausgabe von Gemüseeinkaufscheinen, sowie Vermehrung der Gemüseverkaufsstellen ehestens zu berichten.

Der Redner schliesst: Von der Gemeindeverwaltung ist alles rechtzeitig vorgesorgt worden, damit die Stadt Wien Kartoffeln erhält. Wenn die Mittel versagten, so war dies Schuld anderer Organe und wir müssen heute an die massgebenden Stellen die dringende Mahnung richten, so rasch als möglich die notwendigen Kartoffelmengen nach Wien zu bringen. Man beabsichtigt die Einführung einer Kartoffelkarte nach der Kopfzahl; Voraussetzung ist und bleibt aber die rechtzeitige und ausreichende Anlieferung der Kartoffel. Es bricht sich aber auch in agrarischen Kreisen die Ueberzeugung Bahn, dass die staatliche Bewirtschaftung ein Unglück ist und die Kartoffel dem freien Handel zu überlassen wäre. Nachdem nunmehr die Vorarbeiten für ein entsprechendes System abgeschlossen sind, wäre es verfehlt zum freien Handel überzugehen. In der unmittelbar bevorstehenden Zeit werden noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sein, wir müssen deshalb fest zusammenstehen, um dem Willen der Bevölkerung nach halbwegs ausreichender Versorgung mit Kartoffeln durchzusetzen und ich bitte Sie um einstimmige Annahme der im Stadtrate einstimmig gefassten Anträge.

HR-Emmerling: Die Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln und jetzt auch mit Gemüse ist zweifellos skandalös. Infolge der überaus schlechten Gemüseernte herrscht überall Mangel, aber es ist auch überall Mangel an Voraussicht festzustellen. Ich würde alle Beschwerden begreifen, wenn wir zum ersten Male über diese Dinge sprechen würden, aber wir haben den viernten Kriegswinter vor uns und da hätten wir schon die gemachten Erfahrungen verwerten sollen. Die Gemeindeverwaltung trifft insoferne die Schuld, als sie es verabsäumt hat, dem Gemeinderat nach Ausbruch des Krieges zusammenzurufen. Zweifellos hätte der Einfluss erfahrener Männer und sachkundiger Beamter genügt, diesen Misständen beizukommen. Heute ist vor allem das System der Verteilung schlecht und wir haben auch so wenig organisatorisches Talent, dass wir es ~~noch~~ noch nicht aus der Welt zu schaffen vermochten, dass sich die Leute 10 und 12 Stunden lang anstellen.

Wir müssen mit allem Nachdruck der Regierung erklären, dass wir für nichts die Verantwortung übernehmen. Wir müssen aber auch verlangen, dass die Verteilung der Kartoffeln in einer Weise vorgenommen wird, dass nicht jene, welche ohnedies ~~ex~~ Fleisch, Eiweis in einer anderen Form und alle möglichen Nahrungsmitteln sich zu jedem Preis verschaffen können, ebenso viel Kartoffeln bekommen, als der arme Teufel, dessen einzige Nahrung sie bilden. Gegenüber dem Gemeinderat ~~Kritiker~~ <sup>Leitner</sup> möchte ich betonen, dass sich im Laufe des Krieges gezeigt hat, dass wir im Rathhaus über eine grosse Anzahl von ausserordentlich tüchtigen Beamten und sachkundigen Beratern in Lebensmittelangelegenheiten verfügen. Man dürfe also nicht bestreiten, dass auch in staatlichen Aemtern Beamte sitzen, welche obwohl sie nie früher mit diesen Angelegenheiten zu tun hatten, sich doch vollkommen bewährt haben. Der Redner spricht sich dann gegen den ersten Absatz der Anträge aus, in welchem gegen das Verhalten der Presse Stellung genommen wird und bezeichnet diesen Punkt als unzutreffend. Im Uebrigen wünscht er, dass der Gemeinderat jetzt regelmässig zusammentrete, um sich mit der Gemeindeverwaltung der Stadt Wien und allen ihren Sorgen zu beschäftigen.

GR-Partik (Generalredner pro) gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, dass viele Fehler geschehen sind, welche nicht notwendig gewesen wären, wenn die Behörden in den drei Kriegsjahren etwas gelernt hätten. Er bespricht namentlich das Wirken des „Geos“ und erklärt, dass die Obstpreise niemals eine solche Höhe erreicht hätten, wenn der freie Handel geblieben wäre.

Auch in der Frage der Verteilung sind die Zentralen schuld, dass diese so mangelhaft ist und auch hier hätte der freie Handel mehr im Interesse der Bevölkerung getan; zum Beweis dessen, ~~ver-~~ beweist Redner auf die Zuckerverteilung, die klaglos funktioniert. Der legitime Zwischenhandel sei eben dazu da, den Warenverkehr zu erleichtern und bilde ein wichtiges Glied in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Ueberzeugung davon habe sich auch gewiss bei den oberen Stellen durchgerungen, doch werde noch immer nicht darnach gehandelt. Die Kartoffelversorgung wird heuer doppelt wichtig sein und deshalb wäre es hoch an der Zeit, wenn man es dem Handel ermöglichen würde, auch die letzten Kartoffeln aufzubringen und nach Wien zu leiten. Der Redner begrüsst zum Schlusse mit Freuden, dass der Bürgermeister diese Referate auf die Tagesordnung gestellt, damit die Bevölkerung endlich einmal höre, wer eigentlich an der schlechten Versorgung und Verteilung schuld ist.

GR-Stein erklärt als Generalredner kontra: Wir haben immer bedauert, dass die Verhandlungen über die Approvisionierungsfrage in der Obmänner-Konferenz immer bei verschlossenen Türen vor sich gegangen sind und man muss sich fragen, ob diese Anträge nicht auch im Plenum des Gemeinderates hätten zur Beratung kommen können, wodurch der Bürgermeister und die Obmänner-Konferenz von der grossen Verantwortung, die sie sich auferlegt haben, entlastet worden wären. Namens meiner Person und jene die nicht im fortschrittlichen Parteiverbande sind, muss ich die Verantwortung ablehnen und Verwahrung gegen die unzureichende Approvisionierung Wiens, die ja eine Tatsache ist, einlegen. Wir sind aber bereit, wenn die Obmänner-Konferenz lediglich der technischen Vorbereitung der Beratung dient, mit dem Bürgermeister und der Obmänner-Konferenz die Arbeitslast zu teilen und mit ihnen in Zukunft auch die Verantwortung zu tragen.

Vizebürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Hein wendet sich gegen die Einführung von Zuschlägen auf die Höchstpreise für Lieferungen nach Wien. Dieser Antrag, sagt Redner, ist überholt durch den Gang der Zufuhren nach Wien. Wenn man die Zufuhr in der dritten Augustwoche 1917 mit jener der dritten Augustwoche 1914 vergleicht so kommen wir, bezüglich des Obstes ungefähr zu dem gleichen Ergebnis. Auch in anderer Richtung sind die Anträge überholt. Das Verhältnis der Mengen des inländischen Obstes zum ungarischen Obst verbessert sich mit dem Fortschreiten der Jahreszeit und ich glaube, dass es deshalb sehr unpraktisch ist, wenn wir heute solche Zuschläge verlangen. Gerade beim Obst handelt es sich nicht darum, die Zufuhr zu vermehren, sondern die Preise möglichst herabzusetzen. Ich kann deshalb auch diesem Antrage meine Zustimmung nicht geben. Schon mit Rücksicht darauf, dass die landwirtschaftliche Zentralstelle die unerhörte Forderung aufgestellt hat, es mögen die österreichischen Höchstpreise auf die gleiche Höhe wie die ungarischen hinaufgesetzt werden, erfordert es, dass in dem Antrage ausdrücklich betont wird, dass die Gleichstellung der Preise dahingehen muss, dass die ungarischen Preise herabgesetzt werden. Redner verlangt auch, dass bei der Verteilung der vom Ernährungsamt in Aussicht gestellten Marmelade mit Rücksicht darauf, dass der Bevölkerung der Einsiedezucker entzogen wurde, vor allem die Stadt Wien bedacht werde. Was die Anträge in der Kartoffelfrage betrifft, erklärt sich Redner mit denselben einverstanden und betont, dass einzelne Berichtigungen geeigneter seien, als Pauschalberichtigungen.

Man hätte dieses System auch gegenüber den verschiedenen sehr oft ungerechtfertigten Angriffen in verschiedenen Pressorganen befolgen sollen. Was die Kartoffelversorgung aus den österreichischen Provinzen speziell aus Galizien anbelange, müssen wir, sagt Redner, entschieden dagegen protestieren, dass eine so wichtige Frage vom Wohlwollen des Statthalters von Galizien gegenüber Wien abhängt. Noch gehört Galizien zu Oesterreich und wie die Stadt Wien ihre Verpflichtung erfüllt hat gegenüber den Flüchtlingen aus diesem Lande, müssen wir verlangen, dass die österreichischen Provinzen und darunter Galizien auch ihre Verpflichtung erfüllen. Wien, wie sie es im Frieden getan haben, auch im Kriege zu approvisionieren.

Das Anstellen muss durch Rayonierung und Einführung der Kartoffelkarte beseitigt werden. Wir protestieren gegen alle Absperrungsmassnahmen und verlangen, dass die Zufuhren aus den Provinzen nicht gehindert, sondern gefördert werden. Wenn wir nicht Brot und Kartoffeln haben, können wir für Ruhe und Ordnung in der Stadt Wien keine Gewähr leisten.

GR. Leitner: Bei den Gründungen der Zentralen wurde der Fehler begangen, dass Nichtfachleute zu denselben herangezogen wurden. Redner bespricht die Wirksamkeit einzelner Zentralen und wünscht, dass der Punkt des Stadtratsantrages wegen Einführung von Zuschlägen zu den Höchstpreisen für Anlieferungen nach Wien, gegen welchen sich Stadtrat Dr. Hein ausgesprochen hat, aufrecht erhalten werde. Es wäre vielleicht das Wärtchen „allfällige“ vor Zuschlägen einzuschieben. Bezüglich der Kartoffeln wünscht der Redner, dass die mittelständische Kaufmannschaft im breitesten Masse bei der Abgabe von Kartoffeln herangezogen werde.

GR. Bretschneider beklagt es, dass trotz dreijähriger Dauer des Krieges ein volles Einvernehmen zwischen den autonomen Behörden und den Regierungsstellen noch nicht herbeigeführt werden konnte. Er wünscht ferner, dass bei der angeordneten Beschlagnahme tatsächlich die Vorräte vollständig erfasst werden und dass das Volksernährungsamt seine ganze Kraft einsetze, um den von der Gemeinde abgeschlossenen Lieferungsverträgen Geltung zu verschaffen. Er schliesst mit dem Wunsche, dass der unselige Krieg baldigst ein Ende finde, damit die Völker sich baldigst der Segnungen der Kultur erfreuen können und ein edler Wettstreit sie auf jene Kulturstufe führe, in welcher ein zweiter Weltkrieg unmöglich wird.

GR. Solterer begrüsst insbesondere jenen Teil des Antrages, durch welchen der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden soll, sich selbst mit Kartoffeln zu versorgen.

Auch der Antrag auf vermehrte Ausgabe von Einkaufscheinen für Gemüse sei zu begrüßen. Ganz unhaltbar aber sei die Art der Verteilung der Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Kopffzahl der Familie. Warum soll die Bevölkerung auf Gerechtigkeit warten bis erst der Wiener Markt mit Kartoffeln übersättigt ist. Sind nur wenig da, muss auch dieses Wenige gerecht verteilt werden und eine Möglichkeit hiefür unbedingt geboten werden. Er stelle daher den Antrag, den Punkt 5 vollständig zu streichen und an dessen Stelle die Bestimmung zu setzen, dass der Verkauf der notwendigsten Lebensmittel auf den Wiener Märkten, wie Kartoffel, Eier, u.dgl. auf Grund der Einkaufskarte und falls deren Menge beschränkt ist, nach dem Buchstabenurnus zu organisieren sei, die Verteilung habe überdies nach der Kopffzahl zu erfolgen, und zwar sei bei beschränkten Mengen Familien bis zu drei Köpfen mit der einfachen Ration, Familien über drei Köpfe mit der doppelten Ration zu betheiligen. Weiters beantrage er, dass alle mit Gewerbeschein versehenen Grünwarenhändler, mit Einkaufsscheinen zu betheiligen seien und bei Verteilungen von Waren durch die Gemeinde Wien alle Geschäftsleute nach ihren Anmeldungen zu berücksichtigen sind.